



Regierungsratsbeschluss vom 16. Mai 2023

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD; Verordnung über die Finanzierung der Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (FV-ÜPF); Vernehmlassung

P230260

1. Der Regierungsrat genehmigt das vorgelegte Antwortschreiben an das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD).

Begründung

Die neue Verordnung über die Finanzierung der Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (FV-ÜPF) bezweckt die Einführung von Pauschalen. So soll künftig nur noch eine pauschale Kostenbeteiligung pro Jahr und Kanton erhoben werden. Der Kanton Basel-Stadt unterstützt die Einführung von Pauschalen im Hinblick auf den erleichterten Zugang für finanzschwächere Kantone zu Überwachungsmaßnahmen und mehr Planungssicherheit für die Kantone.

